



19.4042

**Motion Portmann Hans-Peter.
Schweizer Hub für nachhaltige
Vermögensanlagen****Motion Portmann Hans-Peter.
Création d'un pôle suisse
dans le domaine des placements
de fortune durables**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.03.20

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Cette motion est combattue par Mme Badran.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Die Motion möchte, dass der Bundesrat die Schweiz als Finanzplatz, aber auch die Finanzinstitute im Bereich von nachhaltigen Vermögensanlagen stärkt. Es ist tatsächlich so, wie wir jetzt schon mehrmals gehört haben, dass das ein aufblühender Markt ist. Ich gebe Ihnen zwei, drei Zahlen: Es gibt weltweit 330 Trillionen Dollar Investitionen und auch Kreditvergaben in irgendwelche Anlagen, und 31 Trillionen Dollar fließen bereits heute in sogenannte nachhaltige, ökologische Investitionen. Im Anlagevolumen der Schweiz sind diese überdurchschnittlich, mit 20 Prozent, vertreten. Das heisst, unsere bereits hier angebotenen Anlagen weisen eine Durchmischung auf. 20 Prozent sind Anlagen, die sich ökologisch nennen. Ein Problem ist allerdings, dass die Messbarkeit ganz unterschiedlich ist. Es gibt heute noch keine internationalen Standards, was jetzt wirklich nachhaltig ist und was nicht. Genau das möchte diese Motion, nämlich dass sich die Finanzbranche in eine Messbarkeit hineinbegibt. Heute darf sich alles nachhaltig schimpfen, was zu 50 Prozent solche Investitionen tätigt, aber die anderen 50 Prozent könnten zum Beispiel in Ölfirmen angelegt sein. Das möchte man so nicht mehr.

Die Konkurrenz ist sehr, sehr gross. Es gibt heute schon Länder, die hier der Schweiz einen Markt wegnehmen. Es sind vor allem die nordischen Länder, es sind aber auch Börsenplätze wie Frankfurt, London und Luxemburg, es sind aber auch die asiatischen Länder. Dieser Markt wäre sehr erfolgversprechend. Von der G-20 wird geschätzt, dass bis 2030 das jährliche GDP durch nachhaltige Produkte um 15 bis 20 Trillionen Dollar gesteigert werden könnte!

Worum geht es? Es geht darum, dass Schweizer Institute nicht nur verbindlich erklären, dass sie bereit sind, Transparenz zu schaffen, Kriterien anzuwenden und dann auch die heutigen strengen internationalen Vorgaben zu befolgen. Es gibt von der UNO eine Vorgabe, wir haben es von Kollege Girod gehört, und auch die EU ist daran, etwas auszuarbeiten. Aber die Schweizer Institute müssen dann natürlich durch alle diese Investitionen und Kosten einen Wettbewerbsvorteil haben. Es kann nicht sein, dass diese Produkte heute viel zu teuer, viel zu aufwendig und auch noch steuerlich belastet sind. Am Schluss entscheidet ja, meine ich, der Konsument, was er ins Portfolio nehmen möchte. Hier müssen und können wir Anreize schaffen. Diese Anreize sind in der Motion aufgezählt, weshalb ich darauf verzichten kann, sie nun zu erwähnen.

Es haben über achtzig Ratsmitglieder die Motion mitunterzeichnet, aus allen Fraktionen ausser der SP-Fraktion. Als ich die SP-Leute fragte, warum man nicht mitmachen wolle, handle es sich doch um einen Standortvorteil, zumal man lenken könne, wohin Investitionen gehen sollen, erhielt ich zwei Antworten. Die erste Antwort war, dass man nicht wolle, dass die Banken noch mehr Gewinne machen können. Dabei machen die Banken mit der Stempelsteuer ja gar keinen Gewinn; das wird auf die Kunden überwält. Die zweite Antwort war, dass man nicht daran glaube, dass solche Massnahmen wirklich etwas bringen würden. Da halte ich es, muss ich Ihnen sagen, mit Mahatma Gandhi, der gesagt hat: "You may never know what results come of your actions, but if you do nothing, there will be no results."



Andrey Gerhard (G, FR): Das Besserstellen von nachhaltigen Finanzanlagen ist grundsätzlich zu begrüßen. Nun wissen wir alle, wie Steuersenkung funktioniert, hingegen ist nach wie vor nicht klar, was wir mit "nachhaltigen Anlagen" überhaupt meinen. Meine Fraktion wollte diese Frage in den letzten Jahren immer wieder klären – wir haben sie bis heute nicht geklärt. (*Remarque intermédiaire de la présidente: Votre question!*) Unter diesem Vorzeichen möchte ich Sie fragen: Wie verhindern Sie, dass die Motion zu noch mehr Greenwashing im Finanzsektor führt? Und wäre es nicht konsequent, mindestens im gleichen Aufwisch das Umgekehrte zu machen, nämlich risikobehaftete Anlagen höher zu bepreisen?

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Ja, es ist ganz klar, dass – in meiner Motion steht es – nur solche Institute davon profitieren können, die sich einer Transparenz unterziehen werden, die sich diesbezüglich zum Beispiel einer Zertifizierung unterziehen werden, die sich zum Beispiel einem allfälligen Branchenlabel unterziehen werden. Wenn Sie das dazugehörige Strategiepapier der Bankiervereinigung anschauen, dann sehen Sie auch, was damit gemeint ist: Es ist eben nicht irgendein "washing" oder irgendeine Durchmischung gemeint,

AB 2020 N 23 / BO 2020 N 23

sondern man will sich hier an die Vorgaben der UNO, an die Vorgaben der EU halten. Man möchte nicht ein eigenes Swiss-Modell haben, sondern man will sich hier an diese Vorgaben halten.

Ich könnte Ihnen jetzt vorlesen, was das alles ist. Ich kann Ihnen sagen: 90 Prozent müssen nachhaltig sein. Es sind Verbote drin betreffend humanitäre Fragen, Kinderarbeit, Verbote zu Fracking, Verbote zu Kohle und, und, und. In all diesen bereits heute international verbreiteten Vorschlägen können Sie genau nachlesen, was neu gelten soll. Nur solche Institute sollen bevorzugt werden, die auch gewillt sind, sich dem zu unterziehen, alle anderen nicht. Das steht deutsch und deutlich in dieser Motion.

Badran Jacqueline (S, ZH): Herr Portmann hat gemeint, er müsse sagen, warum die SP diese Motion ablehne. Dabei hat er irgendetwas gesagt. Ich sage Ihnen jetzt, warum wir sie wirklich ablehnen. Es gibt tatsächlich zwei Hauptgründe, warum wir das ablehnen.

Erstens: Sorry, es ist ein ordnungspolitisches Unding. Kollege Portmann und ich sassen im Jahre 2007 – ich erinnere mich noch genau – zusammen auf einem steuerpolitischen Podium. Kollege Portmann hat da gross die Steuererklärung auf dem Bierdeckel und eine komplette Vereinfachung des Steuersystems propagiert, und ich sagte damals, das würde ich sogar unterstützen, allein mir fehle der Glaube. Das hier ist wieder einmal eine Bestätigung dafür, dass über Steuerpolitik die ganze Zeit ausserfiskalische Ziele erreicht werden sollen. Das ist ein ordnungspolitisches Unding! Sie nennen das Anreize. Wir sind für Anreize und nicht für "Na-na-na" und "weiss de Gugger was". Immer die Anreize! Nur, wissen Sie, wie die Wissenschaft dieses Ansinnen nennt? Steuersubventionen, Steuersubventionen!

Und jetzt haben Sie ein hehres Ziel, Herr Portmann, indem Sie sagen: Ja, wir ändern damit die relativen Preise und machen nachhaltige Produkte wettbewerbsfähiger. Da könnte man sogar noch folgen; aber was Sie wirklich ökonomisch erreichen, ist das Gegenteil davon. Denn Sie nehmen den Druck dahingehend weg, dass man nämlich CO₂-Schäden und CO₂-Risiken eben nicht in die Finanzprodukte einpreist, weil die Risiken konsequent – das wissen wir heute – unterschätzt werden. Würde man das nämlich tun, wären die nachhaltigen Finanzprodukte längst wettbewerbsfähig, ohne dass man Steuersubventionen verteilen müsste.

Also: Es ist ein ordnungspolitisches Unding.

Zweitens, Herr Portmann: Solange wir keine Kriterien, die Paris-kompatibel sind, dafür haben, was eigentlich eine nachhaltige Anlage ist, und die Finma nicht einmal fähig ist, irgendein Produkt allenfalls zu bewilligen, weil diese Kriterien eben fehlen, ist es einfach nichts anderes als Greenwashing. Sie haben diese Trillionen erwähnt und den Teil, der in sogenannten nachhaltigen Produkten ist. Es gibt auf der ganzen Welt keinen Akteur, der nicht zugibt, dass diese eben nicht so besonders "green" sind und eben ihr Ziel komplett verfehlen. Wenn man das dann noch mit Instrumenten macht, die eigentlich verhindern, dass der Markt, der Ihnen ja so heilig ist, das selber reguliert, indem nämlich die effektiven Kosten eingepreist würden – die CO₂-Risiken und die CO₂-Schadenbehebungskosten –, dann ist es besonders schädlich.

Wir haben ein Problem mit Greenwashing. Selbstverständlich sagen Sie jetzt, Sie würden da natürlich Hand bieten und man solle dann die Kriterien haben. Aber davon sind wir noch weit genug entfernt. Wenn wir dann die Kriterien haben, dann ist ein relativer Vorteil grüner Produkte eh schon gegeben, und dann braucht es keine Steuersubventionen mehr. Es gibt also keine einzige Logik, die diese rechtfertigt. Natürlich tönt "Nachhaltigkeits-Finanzhubs" schön – deshalb haben es wahrscheinlich auch ein paar Grüne unterschrieben –, aber wir können das auf keinen Fall so unterschreiben.

Das waren die guten, die sehr guten Gründe dafür, warum man die Motion ablehnen muss. Was sympathisch



und auf den ersten Blick logisch klingt, kann doch manchmal tatsächlich das Gegenteil davon sein.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Madame Badran, vous avez une question de M. Portmann. Acceptez-vous cette question?

Badran Jacqueline (S, ZH): Aber selbstverständlich! (*Zwischenruf Portmann: Vielen Dank, Frau Kollegin!*) Ich kann mir nichts Schöneres vorstellen. (*Heiterkeit*)

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Sie behaupten ja, es sei eine Steuersubvention. (*Zwischenruf Badran Jacqueline: Das ist keine Behauptung, das ist der Terminus technicus der Wissenschaft!*) Darf ich die Frage stellen, Frau Präsidentin? (*Zwischenruf Badran Jacqueline: Bitte, bitte!*) Vielen Dank! (*Remarque intermédiaire de la présidente: Allez, court!*) (*Zwischenruf Badran Jacqueline: Schade, hat es keine Zuschauer!*) Sie sagen, es sei bürokratisch und eine Subvention, wenn man eine Abgabebefreiung macht. Ich frage jetzt zurück: Ist denn in Ihren Augen z. B. die CO₂-Abgabe oder die Flugticketabgabe auch ein politischer Sündenfall? Oder sind Sie jetzt hier wie im Jahr 2007 einfach weiterhin als Banken-Basherin ideologisch unterwegs?

Badran Jacqueline (S, ZH): Es ist noch dreist, von Banken-Bashing zu sprechen, nachdem Sie mit dem Geldwäschereigesetz gerade vor fünf Minuten eine Vorlage gegen die Empfehlung der Bankiervereinigung versenkt haben und wir dafür waren – übrigens im Einklang mit der Bankiervereinigung und mit Economiesuisse.

Nein, aber es ist eine gute Frage. Die CO₂-Steuer ist eben das Gegenteil einer Steuersubvention. Wir haben ein Problem in der Ökonomie und vor allem in der Marktwirtschaft. Marktwirtschaft heisst Koordination der Angebotsmengen und der Nachfragemengen über den Preis. Wenn der Preis die falschen Signale gibt, dann verhalten sich die Akteure falsch. Jetzt ist es so: In unserer Welt kann man eben die Umwelt gratis verschmutzen, weil wir keine Eigentumsrechte darauf haben – das lernt man übrigens in der Grundvorlesung in Ökonomie. Wenn wir eine CO₂-Steuer verlangen, dann internalisieren wir eben diese Kosten, und dann senden die Märkte die richtigen Preissignale, damit auf der anderen Seite der Wurst eben auch die richtigen Mengen herauskommen – das ist klassische Ökonomie. Hier aber verzerren Sie die Preise; bei schädlichen Finanzprodukten, die eben nicht nachhaltig sind, muss man das einpreisen – nicht bei den anderen mit dem Preis runtergehen! Das ist doch ein Witz, das ist ein verkehrt herum gedachtes Ding.

Es sind zwei ganz unterschiedliche Dinge: externe Kosten einpreisen und Steuersubventionen. Letztere machen übrigens hier beim Bund jedes Jahr 20 Milliarden Franken aus – 20 Milliarden Franken Steuersubventionen! Herr Ueli Maurer kann das bestätigen, es geht aus einer Studie aus dem Jahr 2011 hervor, die schon lange auf eine Neuauflage wartet. Das ist Ihr tolles Anreizsystem, in dem man über Steuern ausserfiskalische Ziele erreichen will, die komplett unsinnig sind.

Maurer Ueli, Bundesrat: Der Bundesrat beantragt diese Motion auch zur Annahme. Ich könnte noch einmal eine ähnliche Argumentation wie schon vorhin ins Feld führen. Zum einen wurde bereits im September das Postulat 19.3951 der UREK-S, "Bremsen lösen bei nachhaltigen Finanzprodukten", angenommen; das ist bereits bei uns. Es geht in eine ähnliche Richtung. Selbstverständlich sind bei dieser Motion auch noch Fragen offen, Sie haben es angesprochen: die Definition, was wirklich nachhaltig ist, aus welchen Komponenten sich Nachhaltigkeit zusammensetzt – nur Umwelt oder eben auch Soziales oder Gouvernance? Dieses ganze Paket muss definiert werden. Das passiert auf internationaler Ebene im Rahmen der EU; sie sucht etwas. Auch im Rahmen der G-20 hat man ein Treffen der Finanzminister, auch dort wird das diskutiert. Da stehen wir in einem Prozess, und ich glaube, wir sollten diesen Prozess mitgehen und auch beeinflussen.

Wir haben, wie ich schon gesagt habe, diese Arbeitsgruppe in der Verwaltung. Sie besteht insbesondere aus Leuten

AB 2020 N 24 / BO 2020 N 24

des BAFU und des Staatssekretariates für internationale Finanzfragen, die diese internationalen Kontakte haben. Diese Fragen, die hier gestellt werden, passen durchaus da hinein. Man kann sich ja fragen, wenn man das fördern will, ob es Förderinstrumente gibt. Man kann auch zum Schluss kommen, dass es sie nicht gibt oder dass nicht alle geeignet sind oder dass sie befristet angewendet werden können oder wie auch immer. Ich würde dem einfach nicht vorgreifen. Ich denke, wenn wir jetzt eine Auslegeordnung machen – und es gibt zahlreiche Vorstösse betreffend nachhaltige Finanzprodukte –, macht es Sinn, wenn wir versuchen, das möglichst umfassend zu machen. Wir arbeiten daran, wie ich schon gesagt habe. Der Bericht sollte Mitte dieses Jahres vorliegen, und dann finden Sie dort Antworten auf diese Fragen.

Ich würde sagen, man sollte versuchen, einmal faktenorientiert zu arbeiten und noch nicht ideologisch – das



kommt ja dann vielleicht schon noch. Wenn wir Probleme lösen wollen, sollten wir auf Fakten basierte Entscheidungen fällen können und im Moment etwas weniger ideologisch denken. Das wäre eigentlich unser Ansatz, und daher beantragen wir die Annahme dieser Motion. Wir würden die Fragen dann im Rahmen dieses Berichtes beantworten.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Le Conseil fédéral propose d'adopter la motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.4042/19987)

Für Annahme der Motion ... 80 Stimmen

Dagegen ... 100 Stimmen

(5 Enthaltungen)